

## Leistung nur für Gegenleistung



Die Bankenrettung geht in die nächste Runde. Noch immer schlagen die Flammen aus den Frankfurter und Münchner Glaspalästen. Alle bisherigen Löschversuche sind gescheitert. Noch immer droht dem Bankensystem die Kernschmelze. Der Giftmüll in den Kellern von Deutscher Bank, Commerzbank & Co. ist zwei- bis dreimal so groß wie ihr Eigenkapital. Nach den nächsten Abschreibungswellen ist Schluss mit lustig. Der brutale Absturz der heimischen Realwirtschaft gießt zusätzliches Öl ins Feuer. Um in der Brandbekämpfung voranzukommen, müssen die Giftpapiere raus aus den Bilanzen.

Entscheidend ist jedoch, wie die Entgiftung organisiert wird. Nun hat Peer Steinbrück einen Plan vorgelegt. Die Risiken und Nebenwirkungen sind groß. Im schlimmsten Fall droht uns eine weitgehende Sozialisierung der Bankenverluste. Zudem werden falsche Erwartungen geweckt: Auch wenn der Giftmüll entsorgt ist, kommt die Kreditversorgung nicht automatisch in Schwung. Eine erfolgreiche Stabilisierung des Bankensystems ist stark konjunkturabhängig. Mit zunehmender Dauer der Rezession häufen sich die Unternehmenspleiten. Immer mehr Kredite faulen. Die Bankbilanzen färben sich dunkelrot. Ohne ein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt gibt es keine wirksame Bankenrettung.



Der Plan des obersten Kassenwartes hat große Konstruktionsfehler. Steinbrück will zunächst nur einen Teil des Giftmülls – die so genannten strukturierten Papiere – in dezentralen Deponien entsorgen lassen. Was mit dem Rest passiert, bleibt offen. Der Großteil fauler Forderungen verbleibt in den Bilanzen. Wie bei IKB und HRE droht uns ein Fass ohne Boden. Weitere hektische Rettungsaktionen werden folgen. Die Vertrauenskrise setzt sich trotz Teilsanierung fort. Folglich werden die Banken die EZB-Leitzinssenkungen nicht weitergeben. Sie brauchen die höheren Zinserträge, um ihre restlichen Giftpapiere abzuschreiben.

Die Teilnahme an der staatlichen Hilfsaktion soll freiwillig sein. Die Bankmanager dürfen selbst entscheiden, ob sie sich jetzt schon retten lassen oder lieber noch pokern. Viele werden sich von den Auflagen abschrecken lassen. Ihre Bücher bleiben selbstverständlich weiter geschlossen. Dies zeigt: Es sind noch immer die Brandstifter, die den Rettungseinsatz planen und koordinieren. Damit muss jetzt Schluss sein. Das faktische politische Bankgeheimnis muss fallen. Die Banken müssen nach US-amerikanischem Vorbild einen Stresstest durchführen lassen. Nur so erfahren wir, wo wie viel Giftmüll liegt. Zudem muss die Gläubigerstruktur offen gelegt werden, wenn staatliche Hilfe beantragt wird. Nur auf diese Weise lässt sich überprüfen, welche Bank wirklich systemrelevant ist. Die neue Offenheit ist ein erster Schritt, um die Steuerzahler aus der Geiselhaft der Banken zu befreien.

Das finanzielle Restrisiko des Steinbrück-Plans tragen die Steuerzahler. Die Zweckgesellschaften übernehmen die Giftpapiere zum Buchwert. Sie finanzieren die Transaktion mit bundesgarantierten Schuldtiteln. Der Bund garantiert den Bad Banks die Rückzahlung zuzüglich Zinsen. Die Anleihe soll aus der Verwertung der Schrottpapiere bedient werden. Läuft das Geschäft schlecht, zahlen die Steuerzahler die Zeche. Auch scharfe Auflagen können dies nicht verhindern. Zwar sollen die Banken 20 Jahre lang Gebühren zahlen und auf einen Teil ihrer Dividenden verzichten. Zudem sollen die Aktionäre nachträglich haften, wenn die Zahlungen nicht ausreichen, um den Wertverlust der Giftpapiere auszugleichen. In diesem Fall wird nach Auflösung der Bad Bank eine Ausschüttungssperre verhängt. Das Dividendenverbot wird die Eigentümer aber dazu bewegen, ihre Aktien abzustoßen. Der Aktienkurs stürzt ab. Mit hoher Wahrscheinlichkeit verzichtet der Staat dann freiwillig darauf, seine Forderungen einzutreiben.

Dies ist nicht akzeptabel. Es gibt keinen Grund, warum die Steuerzahler diese Risiken tragen sollten. Staatliche Leistung darf es nur für Gegenleistung geben. Deswegen sollten wir über Alternativen reden. Eine mögliche Lösung ist die Übernahme notleidender Banken in öffentliches Eigentum.



Nach intensiven Stresstests muss zukünftig jede Bank, die aus eigener Kraft nicht mehr abschreiben kann, neue Aktien ausgeben. Der Umfang der Emission ergibt sich aus der Höhe des Buchwertes ihrer Problemaktiva. So erhöht die Bank ihr Eigenkapital. Private Anleger und der Staat können die Aktien erwerben. Was private Anleger nicht kaufen, erwirbt der Staat: Im Extremfall alle neuen Aktien. Der Staat kauft die neuen Aktien nicht mit Geld, sondern mit unverzinslichen Ausgleichforderungen gegen den Bund: Also mit einem Versprechen auf Geld. Sie werden erst bei Fälligkeit in Geld eingelöst.

Die frisch kapitalisierte Bank gründet eine Zweckgesellschaft, eine Bad Bank. Sie gehört zu 100 % der guten Bank. Beide zusammen bilden eine Holding. Nun wird der Giftmüll in die Zweckgesellschaft ausgelagert, dort verwaltet und verwertet. Spätere Verwertungserlöse können gegen Aktienanteile des Staats an der Bank umgetauscht werden. So kann sich der Staat aus der Bank wieder zurückziehen. Die vom Giftmüll befreite Bank verbessert ihre Kapitalbasis und Ertragslage. Der Staat greift als Eigentümer in die Geschäftspolitik ein. Er kürzt Managergehälter, streicht Boni, schließt Filialen in Steueroasen, belebt die Kreditversorgung und erweitert die Mitbestimmung.

Die Teilverstaatlichung ist der effektivste Ausweg aus der Bankenkrise. Sie ist die billigste, risikoärmste und hinsichtlich der Lastenverteilung gerechteste Alternative. Eine dauerhafte Stabilisierung des Bankensystems setzt aber auch ein Ende der Rezession voraus. Nur so bekommen die Banken wieder solvente Kunden mit vollen Auftragsbüchern und guter Bonität. Deshalb muss alles getan werden, um die Krise der Realwirtschaft konjunkturpolitisch zu bekämpfen. Stabilität des Bankensystems und der Realwirtschaft bedingen sich gegenseitig.